

¡Fijáte!

Nachrichten + Informationen + Berichte zu Guatemala

Nr. 818

Mittwoch, 04. Dezember 2024

31. Jahrgang

Inhaltsverzeichnis

Kongress beschliesst Gesetz, das das Verbot der Partei SEMILLA aufhebt.....	1
Im Detail: Die Änderung des Paragraphen 82 im Wortlaut.....	2
Keine Femizide mehr! Frauen fordern Aktionen zur Prävention von Gewalt gegen sie.....	2
Gemeinden von El Estor prangern mögliche Lizenzvergabe an Minas del Norte, S.A. an.....	4
In den frühen Morgenstunden wurde der Haushalt 2025 verabschiedet.....	5
Kommentar der Redaktion von La Hora: Ohne die Reformen, die das Land braucht.....	6
Vorletzte Ausgabe in diesem Jahr.....	6

Kongress beschliesst Gesetz, das das Verbot der Partei SEMILLA aufhebt

Guatemala, 26. November - In der Sitzung des Kongresses an diesem Dienstag ging es geht um Themen, die als nationale Dringlichkeitsangelegenheit vor dem Ende der regulären Legislaturperiode verabschiedet werden sollen.

Zu den jüngsten Verhandlungen zwischen Regierungs- und Oppositionsabgeordneten gehören das Gesetz über die Nationale Zivilpolizei (PNC), das Gesetz über den Gesamthaushalt für das Jahr 2025 (siehe unten) und die Initiative 6339, d.h. die Reform des Artikels 82 des Gesetzes gegen das organisierte Verbrechen.

Die letztgenannte Initiative wurde in einer einzigen Debatte mit 127 Ja-Stimmen angenommen, wodurch sie zum Dekret 34-2024 erklärt wurde. Nach dem bisherigen Artikel 82 über die Möglichkeit, die Eintragung einer juristischen Person (z.B. einer Partei) vorläufig auszusetzen, hat der Richter Fredy Orellana vor einem Jahr auf Antrag der Sonderstaatsanwaltschaft gegen Straflosigkeit (FECI) die Rechtspersönlichkeit der Bewegung SEMILLLA aufgehoben, was dazu führte, dass die 23 von dieser politischen Partei gewählten Abgeordneten ihre Privilegien als politische Partei verloren.

Aus diesem Grund brachte der Abgeordnete der Regierungspartei, Samuel Pérez, einen privilegierten Antrag auf Reform des Artikels 82 ein, der mit 125 Stimmen angenommen wurde. Der reformierte Artikel besagt, dass die Eintragung von juristischen Personen, ihrer Patente, Genehmigungen und Lizenzen dann nicht rechtmässig erteilt wurden, „wenn sie in irgendeiner Weise zur Begehung einer illegalen Handlung verwendet wurden“. Wie im Gesetz zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität festgelegt ist, können diese mit richterlicher Genehmigung für einen Zeitraum von höchstens einem Jahr vorläufig ausgesetzt werden.

Nach der Zustimmung feierten die Abgeordneten der Regierungspartei und dankten den Fraktionen, die dafür gestimmt hatten. Auch die Vizepräsidentin Karin Herrera gratulierte den Abgeordneten von SEMILLA „zu ihrem Sieg“.

Nach Ansicht des SEMILLA-Abgeordneten David Illescas ist die Reform „kein Gesetz, das für irgendjemanden massgeschneidert ist“, da sie garantiere, dass in Zukunft „keine Richter*innen mehr in der Lage sein werden, eine politische Partei aus einer Laune heraus zu suspendieren“. Illescas bemerkte, dass, wenn SEMILLA die zweite Runde der Präsidentschaftswahlen nicht gewonnen hätte, wahrscheinlich eine andere politische Bewegung suspendiert worden wäre. Die regierungsfreundlichen Abgeordneten, die ihr Votum begründeten, waren sich einig, dass die Reform darauf abzielt, die politische Verfolgung und die Instrumentalisierung des Gesetzes durch Richter*innen oder Staatsanwält*innen zu unterbinden, also jene, die „versuchen, politische Rival*innen zu verfolgen“, so Román Castellanos, ebenfalls ein

Abgeordneter von SEMILLA. Darüber hinaus waren sich die Befürworter*innen der Reform einig, dass diese die Demokratie und das politische System des Landes verteidigt. In einem Kommuniké erklärte die Bewegung SEMILLA, dass damit eine „Ungerechtigkeit“ korrigiert worden sei.

Im November letzten Jahres wurde der Rechtsstatus der SEMILLA ausgesetzt, um eine angebliche Manipulation der Unterschriften ihrer Mitglieder bei der Gründung zu untersuchen. Nach Angaben des Leiters der FECCI, Rafael Curruchiche, gebe es Beweise dafür, dass die Partei mit gefälschten Unterschriften und mit der Registrierung von Verstorbenen gegründet wurde.

Daraufhin protestierten verschiedene Sektoren der Gesellschaft gegen diese Aussetzung des legalen Status der Partei, die sich auf den Artikel 82 des Gesetzes gegen die Organisierte Kriminalität stützte, da das Parteiengesetz solche Handlungsmöglichkeiten nicht hergab.

Opposition: Angeblicher Stimmenkauf

Vor der Sitzung am Dienstag behauptete der VAMOS-Abgeordnete Allan Rodríguez, dass die Reform von Artikel 82 „massgeschneidert“ für die politische Partei sei. Wie er gegenüber den Medien erklärte, boten die Abgeordneten der Regierungspartei angeblich 30 Millionen Q (= 3,68 Mio. €) für alle Abgeordneten, die für die Verabschiedung des Staatshaushalts stimmten. „Sie liessen 145 Abgeordnete bestätigen, dass sie in der Lage sind, den Haushalt zu verabschieden“, sagte er.

Der ehemalige Präsident des Kongresses während der Regierung von Alejandro Giammattei enthüllte auch, dass weitere 20 Millionen Q (= 2,45 Mio. €) für diejenigen angeboten wurden, die für die Reform des Gesetzes gegen das organisierte Verbrechen stimmten.

Samuel Pérez wies die Anschuldigungen von Rodríguez zurück. „Niemand von SEMILLA wird jemals nach Korruptionsmöglichkeiten suchen. Wenn wir diese Mechanismen nutzen würden, hätten wir hier im Kongress die Gesetze, die wir wollen. Es sehen aber alle, dass die Agenda im Kongress zwischen allen ausgehandelt wird. Manchmal erreichen wir eine Einigung und manchmal nicht“, sagte er.

Pérez sagte, dass Rodríguez, als er Präsident der Legislative war, derjenige war, der den Kongress mit Bestechungsgeldern leitete und dass „er Geld von der Staatsanwaltschaft erpresste und Drohungen von Giammatteis Präsidentschaft aussprach“. (Prensa Comunitaria)

Im Detail: Die Änderung des Paragraphen 82 im Wortlaut

Aktueller Artikel

Artikel 82: Vorläufige Aussetzung von Registrierungen juristischer Personen. Die Eintragungen juristischer Personen, ihre Patente, Genehmigungen und Lizenzen, die rechtmässig erteilt wurden, können mit richterlicher Genehmigung während der Durchführung eines Strafverfahrens vorläufig ausgesetzt werden, wenn sie in irgendeiner Weise zur Begehung einer der in diesem Gesetz festgelegten rechtswidrigen Handlungen verwendet wurden.

Artikel nach der Reform

Artikel 82: Vorläufige Aussetzung der Eintragung von juristischen Personen. Die Eintragungen juristischer Personen, ihre Patente, Genehmigungen und Lizenzen, die rechtmässig erteilt wurden, können während des Strafverfahrens mit richterlicher Genehmigung für einen Zeitraum von höchstens einem Jahr vorläufig ausgesetzt werden, wenn sie dazu benutzt wurden, in irgendeiner Weise eine der in diesem Gesetz festgelegten rechtswidrigen Handlungen zu begehen. Die Bestimmungen dieses Artikels sind nicht auf juristische Personen des öffentlichen Rechts anwendbar, die besonderen Vorschriften oder Gesetzen mit Verfassungsrang unterliegen. Sie sind auch nicht auf politische Organisationen anwendbar, die im Hinblick auf die Aussetzung und/oder Löschung nur dem Gesetz über Wahlen und politische Parteien unterliegen. (Prensa Libre)

Keine Femizide mehr! Frauen fordern Aktionen zur Prävention von Gewalt gegen sie

Guatemala, 25. November - In den Departements und in der Hauptstadt mobilisierten verschiedene Frauengruppen, um am Internationalen Tag zur Beseitigung der Gewalt gegen Frauen ein Ende der Gewalt gegen Frauen zu fordern. Nach offiziellen Angaben stirbt jeden Tag mehr als eine Frau in Guatemala eines gewaltsamen Todes. Nach Angaben von Organisationen wurden 2024 in Guatemala 241 Femizide und 401 Frauen, die Opfer eines gewaltsamen Todes geworden sind, registriert.

Quetzaltenango

„Schwester. Wenn er dich schlägt, liebt er dich nicht. Frauen hört zu, dies ist euer Kampf“, war einer der Slogans der Frauen in Quetzaltenango, die an einem Marsch von der Plaza Japón in Zone 3 teilnahmen, der in einer Kundgebung im Parque Central endete.

Elva Barrundia vom Frauenforum in Quetzaltenango verlas ein Kommuniqué, in dem sie erklärte, dass sie weiterhin ihre Stimme erheben, um Respekt und Gerechtigkeit zu fordern angesichts der geringen Fortschritte bei der Bekämpfung der systematischen und systemischen Gewalt, die das Leben der Frauen weiterhin beeinträchtigt. Dies spiegele sich in der Zunahme der Fälle von Femizid im Lande wider; Taten, die ungestraft bleiben, wo die Frauen zum Schweigen gebracht werden, weil die Täter nicht verurteilt werden.

Sololá

In Sololá hielten Mitglieder der Vereinigung „Schritte des Westens“ eine Pressekonferenz in Santa Clara la Laguna ab und verlasen ein Kommuniqué mit mehreren Forderungen an die Gemeinde-, Stadt- und Departementsbehörden, um zur Verhinderung und Beseitigung jeglicher Form von Gewalt gegen die Frauen beizutragen, sei es sexuelle, psychologische, physische oder wirtschaftliche Gewalt. Unter anderem beklagen sie, dass allein in Sololá im Jahr 2024 805 Babys von Frauen im Alter zwischen 12 und 19 Jahren geboren wurden. „In mindestens 30 Fällen sind sie das Ergebnis einer Vergewaltigung“, sagten sie.

Guatemala

In der Hauptstadt fand ebenfalls ein Protestmarsch von Mädchen der Vereinigung Coincidir (übereinstimmen) statt, die die Verabschiedung von Gesetzen zu ihren Gunsten forderten: Z.B. das Gesetz 6430 zur Verhinderung von sexuellem Kindesmissbrauch, das Erwachsenen den Missbrauch von Kindern und Jugendlichen verbietet.

Ein weiterer Marsch begann an dem Platz der Menschenrechte vor der Justizbehörde in Zone 1, wo sich die Überlebenden des Völkermords mit den palästinensischen Frauen im Gazastreifen solidarisierten.

Nach Angaben des Konsortiums für sexuelle und reproduktive Rechte, das sich aus mehreren Organisationen zusammensetzt, haben 65 Prozent der Frauen in Guatemala im Laufe ihres Lebens irgendeine Form von Gewalt erfahren. Täglich werden 140 Anzeigen wegen Gewalt gegen Frauen erstattet, aber nur 45 Prozent der Angreifenden werden verurteilt.

Im Jahr 2024 wurden 241 Femizide und 401 weibliche Opfer gewaltsamer Todesfälle registriert, heisst es in einer Presserklärung.

Der Internationale Tag zur Beseitigung von Gewalt gegen Frauen entstand aus dem Bedürfnis, die Schwestern Mirabal zu ehren, drei politische Aktivistinnen aus der Dominikanischen Republik, die 1960 auf Befehl des Machthabers Rafael Trujillo gewaltsam ermordet wurden.

Regierung unterzeichnet Richtlinien zur Bekämpfung von Belästigung

Während Hunderte von Frauen auf der Strasse ihre Rechte einforderten, fand im Kulturpalast die Unterzeichnung von Leitlinien für ein ganzheitliches Vorgehen gegen sexuelle Belästigung von Frauen in der Exekutive statt, an der auch Präsident Bernardo Arévalo teilnahm.

Ana Leticia Aguilar Theissen, Sekretärin des Präsidialsekretariats für Frauen (SEPREM), wies darauf hin, dass jeden Tag mindestens eine guatemalteke Frau jeden Alters eines gewaltsamen Todes stirbt, während täglich 155 Notfallmeldungen für vermisste Frauen herausgegeben werden. „Das ist eine Tragödie“, stellte sie fest. Die meisten Fälle betreffen Frauen im Alter zwischen 18 und 64 Jahren, die 70 % der Opfer ausmachen. „Den Daten zufolge werden Frauen aus allen Dörfern gleichermassen von Femiziden betroffen, die meisten werden mit Schusswaffen getötet, erstochen, durch Aufhängen erstickt oder enthauptet“, sagte sie.

Die Vertreterin des Netzwerks für ein Ende der Gewalt gegen Frauen (REDNOVI), Fabiola Ortiz, sagte, dass mehr getan werden müsse, da die Bemühungen zur Verhinderung von Gewalt gegen Frauen stark nachgelassen hätten und es eine grosse Herausforderung sei, sie wiederherzustellen.

Zu den Aktivitäten des Tages kamen weitere Demonstrationen von Kollektiven hinzu, die am Sonntagabend mit dem „Weg der Laternen“ begannen, bei der die Teilnehmenden Kerzen trugen, um den Geist der ermordeten Frauen zu repräsentieren. Die Vizepräsidentin Karin Herrera nahm an dieser Gedenkveranstaltung teil.

Präsident Bernardo Arévalo und Vizepräsidentin Karin Herrera nahmen ebenfalls an der Veranstaltung „Null Toleranz gegenüber Gewalt gegen Frauen“ zum Gedenken an den Tag der Beseitigung von Gewalt gegen Frauen teil. (Prensa Comunitaria)

Gemeinden von El Estor prangern mögliche Lizenzvergabe an Minas del Norte, S.A. an

Guatemala, 24. November - Am 16. November trafen sich 22 Vertreter*innen der Gemeinden von El Estor, Izabal, in der Gemeinde Santa Rosita, einem von der Räumung durch den Grossgrundbesitzer Max Erwin Quirin Schoder bedrohten Sektor, der fast fünf Kilometer vom Zentrum der Gemeinde entfernt ist. Ziel des Treffens war es, die Besorgnis über die drohende neue Bergbaulizenz für das Unternehmen Minas del Norte, S.A. zum Ausdruck zu bringen, die von der derzeitigen Regierung im Jahr 2025 genehmigt werden könnte.

Bei dem Treffen sprachen die Gemeindemitglieder über die von den Bergbauunternehmen in den Gemeinden verursachten Probleme wie Landenteignung, Drohungen und Einschüchterung und sprachen von der Kontaktaufnahme zu den Regierungsbehörden, insbesondere zu Präsident Bernardo Arévalo, um diesen zu bitten, die neuen Lizenzen nicht zu genehmigen, da die Ausbeutung nur Umweltschäden verursache.

Einige Gemeindevertreter*innen sprachen über den Rückgang der Ernten in den letzten Jahren. Ein deutliches Beispiel war die Dürre, von der die Landwirt*innen in der Gemeinde Sexan von Januar bis Mai betroffen waren.

Im Dezember 2023 verurteilte der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte (IACHR) den Staat Guatemala wegen der unrechtmässigen Genehmigung des Fénix-Bergbauprojekts der Compañía Guatemalteca de Níquel (CGC) auf Gemeinschaftsland des Volkes der Q'eqchi. Das Urteil bezog sich u.a. auf die Gemeinde Agua Caliente Lote 9, die zu denjenigen gehört, die gemeinsam mit den 18 Dörfern der Gemeinde Sexan und anderen Gemeinden jetzt ihre Besorgnis über die neue Bergbaulizenz zum Ausdruck bringen.

Im November 2021 beantragte Minas del Norte, S.A. beim Ministerium für Energie und Bergbau (MEM) die Genehmigung für die Exploration von über 76 Quadratkilometern nördlich von El Estor, Izabal, genau in den Gemeinden des Sektors Sexan.

Die Gemeindemitglieder, die sich betroffen fühlen, glauben, dass das neue Bergbauprojekt mit den Bergbauunternehmen PRONICO und Mayaniquel in Verbindung steht, die vom US-Finanzministerium wegen Korruption sanktioniert worden sind.

Die Bergbautätigkeit zerstört Land und Wasser, sagen die Gemeindemitglieder

Der Vertreter der Gemeinde Sexan Lote 11, Jorge Coc, erklärte, dass die Bergbauunternehmen das Land der Gemeinden zerstören und wies darauf hin, dass es im Sektor Sexan noch Wasserquellen in den Bergen gebe.

Darüber hinaus verwies Coc darauf, dass der Betrieb des Fénix-Bergbauprojekts zu einer Verschmutzung des Bodens und damit zu einem Rückgang der Ernten geführt habe.

„Wir lehnen diese Bergbaulizenz ab, denn das Land gehört uns und wir müssen es verteidigen. Wir nutzen das Land, um Nahrung für unsere Söhne und Töchter anzubauen. Dieses neue Projekt wird die Wasserquellen beeinträchtigen, die Hügel zerstören und sogar unsere eigenen Leute werden sie inhaftieren, wie sie es schon immer getan haben. Ich mache PRONICO und Mayaniquel für die Verseuchung unseres Landes verantwortlich, denn jetzt können wir nicht mehr wie vor 15 Jahren ernten“, sagte Coc.

Die Information über diese Lizenz wurde bei einem Treffen mit MEM-Vertreter*innen in der Hauptstadt bekannt gegeben, bei dem diese andeuteten, dass die neue Regierung im nächsten Jahr Bergbaulizenzen in der Gemeinde El Estor genehmigen und dass der Betrieb von PRONICO wieder aufgenommen werden werde, sagte der Gemeindevorsteher Abelino Chub Caal.

Caal, der zwei Jahre lang (zwischen 2017 und 2019) kriminalisiert und inhaftiert wurde, sprach über den Kampf und den Widerstand der Gilde der Fischer*innen und der traditionellen Autoritäten, die im Oktober 2021 unterdrückt wurden, weil sie eine Konsultation der Gemeinschaft forderten: Mehrere Verteidiger*innen des Landes und ihrer Menschen wurden inhaftiert oder ermordet, einige verloren durch Schwertransporte mit Mineralien ihr Leben.

Im Zentrum von El Estor wurde nur über die neue Explorationsgenehmigung berichtet, die das MEM im Juli letzten Jahres erteilt hat, aber Vertreter*innen der Gemeinde Agua Caliente bestätigten, dass Privatpersonen sogar versucht haben, sie zu bestechen, damit sie ein Dokument unterschreiben und Kopien ihrer persönlichen Ausweispapiere (DPI) aushändigen. Dieselbe Strategie wurde auch bei der illegalen Vorkonsultation und Gemeindebefragung angewandt, die während der Regierung von Alejandro Giammattei stattfand, sagten drei der Gemeindemitglieder.

Arturo Macz aus der Gemeinde Agua Caliente brachte seine Besorgnis über die Verletzung seiner Rechte zum Ausdruck und sprach über das Urteil des Interamerikanischen Gerichtshofs für Menschenrechte, der das Bergbauunternehmen aufforderte, die in der Gemeinde entstandenen Schäden zu beheben und um Vergebung zu bitten, um dann eine Gemeindebefragung durchzuführen.

„Wir haben die Nase voll von diesen Unternehmen, die nur kommen, um uns zu schaden. Agua Caliente wurde vom Interamerikanischen Gerichtshof begünstigt, aber bis heute haben Unternehmen und Behörden uns ignoriert. Wir bitten

die neue Regierung, sich an die Seite der Gemeinden zu stellen und die Verletzung unserer Rechte zu beenden“, erklärte Macz.

Am Samstag, den 23. November, trafen sich die Vertreter*innen des Sektors Sexan auch mit Genaro Icó, dem Bürgermeister der Gemeinde El Estor, um ihre Besorgnis über die Bergbauprojekte zum Ausdruck zu bringen. Der Bürgermeister erklärte jedoch, dass ihm keine neuen Bergbaulizenzen in der Gemeinde bekannt seien, mit Ausnahme des Bergbauprojekts Fénix. Die Bewohner*innen von Sexan forderten den Bürgermeister auf, sie zu berücksichtigen und sie über Bergbauprojekte zu informieren, da ihr einziges Ziel der Schutz der Umwelt sei. (Prensa Comunitaria)

In den frühen Morgenstunden wurde der Haushalt 2025 verabschiedet

Guatemala, 27. November - In den frühen Morgenstunden verabschiedete der Kongress nach einer Marathonsitzung den Gesamthaushalt des Staates für das Steuerjahr 2025, der sich auf mehr als 148,5 Mrd. Q (= 18,1 Mrd. €) beläuft.

Die Abgeordneten Gustavo Cruz (VIVA), Nery Ramos (CABAL), Darwin Lucas (UNE) und Samuel Pérez (SEMILLA) stellten einen Dringlichkeitsantrag und einen Antrag, den Haushalt in einer Lesung zu behandeln. Dieser wurde von 139 Parlamentarier*innen angenommen.

Die Ressorts mit den höchsten Budgets sind das Bildungsministerium mit mehr als 25,65 Mrd. Q (= 3,15 Mrd. €), das Ministerium für öffentliche Gesundheit und Sozialhilfe (MSPAS) mit 15,2 Mrd. Q (= 1,86 Mrd. €) und das Ministerium für Kommunikation, Infrastruktur und Wohnungsbau (CIV) mit 9,9 Mrd. Q. (= 1,21 Mrd. €) (La Hora)

Trotz Kritik und Zweifeln an der Einstufung von Staatsanleihen als Schulden genehmigte der Kongress den Betrag von 25,1 Mrd. Q (= 3,08 Mrd. €), den höchsten in der Geschichte, wie mehrere Abgeordnete sagten. Tatsächlich verdoppelt er den derzeitigen Schuldenbetrag. In der Verordnung ist festgelegt, dass die Mittel für das Seniorenprogramm, den Strassenbau und die Unterstützung der landwirtschaftlichen Produktion verwendet werden sollen.

Den Entwicklungsräten der Departements werden über 5 Mrd. Q (= 613 Mio. €) als ausserordentlicher Beitrag für Investitionen in Infrastruktur, Mobilität sowie Wasser- und Gesundheitsprojekte gewährt. Einigen Abgeordneten zufolge wird der erhöhte Haushaltsansatz von den Zuweisungen an die einzelnen Gemeinden verursacht. Es wurde auch ein Artikel verabschiedet, der es ermöglicht, Restbeträge aus vorherigen Jahren als ausserordentliche Mittel für die Entwicklungsräte sowie für das Programm «Grosser Kreuzzug für Ernährung» umzuwidmen.

Für die Instandsetzung von Brücken und Strassen im Land wurde ein Betrag von 3,5 Mrd. Q (= 429 Mio. €) bewilligt, der im Haushalt durch ein Regierungsverordnung, durch Kassenbestände oder die Platzierung von Anleihen aufgestockt worden ist. 1,2 Milliarden Q (= 147 Mio. €) sind für die Vorinvestitionen in den Überlandverkehr im Lande vorgesehen.

Der Kongress hat zudem das Nationale Institut für Elektrizität (INDE) verpflichtet, 900 Mio. Q (= 110 Mio. €) von den vorhandenen Eigenmitteln in Höhe von 4 Mrd. Q (= 490 Mio. €) für einen Sozialtarif für weniger solvente Kund*innen zu verwenden.

400 Mio. Q (= 49 Mio. €) sind für das Verteidigungsministerium vorgesehen, wovon je 200 Mio. Q (= 24,5 Mio. €) für den Erwerb und die Instandhaltung von Konvois und Maschinen sowie den Kauf von Material und Vorräten bestimmt sind.

Es sind Mittel für spezifische Infrastrukturprojekte vorgesehen, die vom Sozialfonds für Solidarität und von der Generaldirektion für Strassen des Verkehrsministeriums durchgeführt werden sollen, sowie 30 Mio. Q (= 3,68 Mio. €) für das Polizeikrankenhaus und 2 Mio. Q (= 245.000 €) für Studien, die Investitionen vorab prüfen.

500 Mio. Q (= 61,3 Mio. €) werden für den Fonds für den Erwerb von Erstwohnungen bereitgestellt, 110 Mio. Q (= 13,5 Mio. €) für einen Notfallfonds für Naturkatastrophen. 50 Mio. Q (= 6,13 Mio. €) werden für den Nationalen Fonds für den Klimawandel bereitgestellt, der dem Ministerium für Umwelt und natürliche Ressourcen untersteht.

Die Sitzung wurde um 5.40 Uhr abgebrochen, wird aber am kommenden Samstag fortgesetzt, um Einwände der Abgeordneten gegen den Haushalt zu hören. (Prensa Libre)

Kommentar der Redaktion von La Hora: Ohne die Reformen, die das Land braucht

Guatemala, 27. November - In einem Marathon-Tag billigte der Kongress den Gesamthaushalt 2025, ein Ergebnis, das durch die Einigung über die Zuweisung von 5 Mrd. Q (= 613 Mio. €) für die Entwicklungsrate ermöglicht wurde, womit die Praxis der vergangenen Jahre wiederholt wurde, diese Zuweisungen als Hebel zu nutzen, um eine Vereinbarung über die verschiedenen Fraktionen hinweg zu erzielen.

Es ist zweifellos ein Erfolg für die Regierung, dass sie genügend Stimmen für die Verabschiedung des vom Finanzministerium vorbereiteten Haushalts erhalten hat, aber es ist bedauerlich, dass diese Mehrheit nicht dazu diente, Normen zu verabschieden, die den von den Bürger*innen an der Wahlurne geforderten Kampf gegen die Korruption gewährleisten würden.

Grundlegende Aspekte wie eine Reform des Gesetzes über den Rechnungshof, die ihm präventive Befugnisse verliehen hätte, oder eine Reform des Gesetzes über die Staatsanwaltschaft, um der selbstgefälligen Straflosigkeit, die die Korruption begünstigt, ein Ende zu setzen, wurden nicht einmal in Erwägung gezogen. Das Plenum hatte keine Vorschläge zur Erreichung der wichtigsten Ziele, um den Wandel des Landes einzuleiten. Ohne ein Rechnungsprüfungsamt, das das staatliche Beschaffungswesen und die Auftragsvergabe ständig überwacht, und ohne eine Staatsanwaltschaft, die sich für die Aufklärung von Veruntreuung der öffentlichen Gelder einsetzt, wird sich die Verabschiedung dieses Haushalts negativ auswirken.

Die 5 Mrd. Q (= 613 Mio. €), die den kommunalen Entwicklungsräten zugewiesen werden, sind im Wesentlichen die Zahlung an die Abgeordneten, die dank der Form und der Menge dieser Beiträge, historisch gesehen, der Schlüssel waren, um Vereinbarungen in unserem Kongress zu erreichen bzw. „überzeugt“ wurden, für den Haushalt zu stimmen. Mit anderen Worten, die Abgeordneten waren weit davon entfernt, die entstandene Mehrheit zu nutzen, um Strukturformen vorzuschlagen, die zur Bekämpfung der Korruption beitragen würden. Stattdessen wurden einfach Gelder verteilt, die wie immer zum persönlichen Vorteil und nicht zur Förderung der menschlichen Entwicklung und des Gemeinwohls in der Gesellschaft ausgegeben werden.

Es liegt auf der Hand, dass die Regierungspartei angesichts der Tatsache, dass im Kongress viele Abgeordnete vertreten waren, die wissen, wie der Hase läuft, gezwungen sein würde, mit ihnen auf traditionelle Weise zu verhandeln, da sie sonst nicht einmal in der Lage wären, den Gesamthaushalt zu verabschieden. Da man sich aber auf diese Aufteilung des Brotes geeinigt hatte, hätte die Vereinbarung zumindest die Verabschiedung von Gesetzen beinhalten müssen, die die Umsetzung des Mandats ermöglichen, das das Volk bei den Wahlen im letzten Jahr erteilt hatte, nämlich den Kampf gegen alle Formen der Korruption. Und jetzt, ohne Kontrolle durch den Rechnungshof oder Ermittlungen durch die Staatsanwaltschaft, ist das Ergebnis nur, dass die Piñata grösser wird. (La Hora)

Vorletzte Ausgabe in diesem Jahr

Dies ist die vorletzte Ausgabe dieses Jahres. Das heisst: Am 18.12. gibt es noch eine Weihnachtsausgabe. Das nächste Heft kommt dann im neuen Jahr, genauer am 08.01.2025.

Eine schöne Adventszeit wünscht die Redaktion und die Herausgeberin.

¡Fijáte!
vierzehntägiger E-Mail-Nachrichtendienst zu Guatemala in deutscher Sprache

<http://fijate.guatemala.de>
www.facebook.com/fijateMagazin

Redaktion: fijate@mail.de
Stephan Brües – stephan.bruees@arcor.de
Theresa Bachmann - theresabachmann95@web.de

Weiterverbreitung der Informationen mit Quellenangabe ausdrücklich erwünscht!

Herausgeber: Verein **¡Fijáte!**, registriert in CH-2502 Biel, c/o Barbara Müller, Ankerstr. 16, CH-8004 Zürich

Abo-Verwaltung: fijate@mail.de
Abo in Deutschland und Österreich: Jahresabonnent: 50 €, Solidaritätsabonnement: 100 €
Abo in der Schweiz: Jahresabonnement 85.-CHF

Konto-Nr. für alle Abonnent*innen:
IBAN: CH3809000000305160686, BIC (SWIFT): POFICHBEXXX Postfinance AG Bern, PC: 30-516068-6